

Zusammenfassung der
**Analyse des
Abkommens zwischen
der Europäischen Union
und dem Mercosur**

Zusammenfassung der Studie von Dr. Luciana Ghiotto und Dr. Javier Echaide

Autorinnen: Bettina Müller, Lucile Falgueyrac

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Einleitung	2
Klima, Umwelt, Wirtschaft	3
Zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von Agrar- und Rohstoffexporten aus dem Mercosur	3
Mehr Agrarexporte aus dem Mercosur in die EU	3
Pestizideinsatz – ein Menschenrechts- und Umweltproblem	4
Ein Produktionsmodell verbunden mit Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen	5
Fischerei	6
Ein schwaches Nachhaltigkeitskapitel, unfähig das Abkommen wieder ins Gleichgewicht zu bringen	6
Zunahme der CO2-Emissionen durch Handel	6
Eine Bedrohung für die wirtschaftliche Diversifizierung	7
Autos und Autoteile	8
Ursprungsregeln und Gefahren für den Textilsektor	8
Verbot von Exportabgaben	8
Geistiges Eigentum	9
Öffentliches Auftragswesen	10
Dienstleistungen	10
Standards und Regulierungen	11
Lebensmittelsicherheit: das Kapitel zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen	11
Technische Handelshemmnisse: Regulierungsbehörden handeln nicht allein	12
Dialoge	13
Andere Elemente	14
Arbeitsstandards	14
Streitbeilegung	15
Prozess: Transparenz, Veröffentlichungen, Folgenabschätzungen	15
Fazit	16
Quellenangaben	17

Herausgeberin	Anna Cavazzini MEP, Die Grünen/EFA https://www.greens-efa.eu/de
Co-Herausgeber und Redaktion	PowerShift e.V. Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel.: +49 30 30 882 192 E-Mail: info@power-shift.de https://power-shift.de
Autor*innen der Studie	Dr. Luciana Ghiotto, Dr. Javier Echaide
Zusammenfassung	Bettina Müller, Lucile Falgueyrac
Redaktion der Zusammenfassung	Fleachta Phelan, Alessa Hartmann, Ronja Dietschmann
Layout	Christopher Freeman
Titelbild	@unstable_affliction, Unsplash

Berlin, Buenos Aires, Brüssel, Dezember 2019



PowerShift

Vorwort

Das Ausmaß der Klimakrise wird Tag für Tag dramatischer. Im Dezember 2019 erklärten die EU-Kommission und der Europäische Rat schließlich, dass alle EU-Entscheidungen zur Erreichung der Klimaneutralität beitragen müssen und die Kommission schlug einen Green Deal zum Umbau der Wirtschaft vor. Doch die Handelspolitik scheint bisher von allen Klimaanstrengungen der Kommission ausgenommen zu sein.

Die heute ausgehandelten Handelsabkommen prägen langfristig den wirtschaftlichen Austausch. Branchen und Regierungen passen sich ihren Regeln an, Handelsströme ändern sich, Entwicklungsmodelle werden durch ihren Inhalt eingeschränkt oder ermöglicht. Ihre Wirkung ist überall spürbar. Kleine landwirtschaftliche Betriebe gehen wegen des Konkurrenzdrucks Pleite, Wälder werden gerodet, um Platz für mehr pestizidbelastete Äcker und Felder zu schaffen.

Die aktuellen Handelsabkommen ketten unsere Gesellschaften an ein nicht nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Das Abkommen mit den Mercosur-Staaten ist ein Beispiel dafür. Die EU wird mehr Fleisch und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse importieren. Mit ihnen werden wir Emissionen, Entwaldung, Bodenverunreinigung und Menschenrechtsverletzungen importieren - und gleichzeitig die Lebensgrundlagen der hiesigen Landwirte gefährden. Bereits jetzt wurden 20% des Amazonas abgeholzt – für den Anbau von Soja, für Rinderfarmen etc. – und der Druck auf den Wald wird durch das Abkommen steigen.

Im Gegenzug werden die Mercosur-Staaten mehr Autos, Chemikalien und Maschinen importieren und somit die Verlagerung der regionalen Wertschöpfungsketten riskieren. Insbesondere die Menschen in kleineren und mittleren Betrieben fürchten um ihren Job, weil die Konkurrenz aus der EU zu stark wird.

Diese Art von Handelsabkommen sehen wir schon länger kritisch. Aber jetzt, wo die Welt in Flammen steht, kann es kein Weiter so geben. Auch die Handelspolitik muss auf den Klimaschutz ausgerichtet sein. Und wir haben ganz konkrete Vorschläge dafür! Vorgaben für die Erfüllung des Pariser Klimaabkommens müssen in allen Kapiteln der Handelsabkommen verankert werden. Wenn eine Vorgabe im Abkommen zu höheren Emissionen führt, dann muss diese Vorgabe ausgesetzt werden können. Wir brauchen außerdem strenge Sorgfaltspflichten für Unternehmen. So können wir sicherstellen, dass keine Produkte, die mit Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen im Ausland in Verbindung stehen, in den Binnenmarkt gelangen. Auch müssen Handelsabkommen zur Stärkung sauberer Lieferketten beitragen, indem sie Produkte entsprechend ihrer CO2-Bilanz und ihrer Produktionsprozesse unterschiedlich behandeln. Die Vereinbarungen müssen verbindliche und durchsetzbare Arbeits- und Umweltstandards enthalten.

Eines ist klar: Das EU-Mercosur Abkommen ist dieser Aufgabe nicht gewachsen.

*Anna Cavazzini und Yannick Jadot
Mitglieder des Europäischen Parlamentes,
Die Grünen/EFA*

Dezember 2019



Einleitung

„Alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Richtlinien der EU müssen mit dem Ziel der Klimaneutralität vereinbar sein und dazu beitragen“

— Europäischer Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 12. Dezember 2019

Am 28. Juni 2019 haben die Europäische Union und die Mercosur-Länder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay nach 20 Jahren Verhandlungen die Gespräche über das Handels- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur abgeschlossen. Doch obwohl Handelsabkommen, die heute ausgehandelt werden, den Rahmen setzen für den Wirtschaftsaustausch der kommenden Jahrzehnte, marginalisiert das EU-Mercosur-Abkommen die globale Bedeutung der Klimakrise und liefert kaum Antworten, um sie zu bewältigen. Das Pariser Abkommen wird zwar in dem nicht sanktionsbewährten Nachhaltigkeitskapitel erwähnt, aber Inhalt und Wirkung der im übrigen Text dargelegten Handelsvereinbarungen stehen in eklatantem Widerspruch zu den Klimazielen. Ein Inkrafttreten des Abkommens würde eine nicht-nachhaltige und unausgewogene Beziehung zwischen den beiden Wirtschaftsböcken verfestigen und vertiefen.

Die Studie¹, auf der diese Zusammenfassung basiert, bietet einen umfassenden Überblick über die Vereinbarungen und Mechanismen, die in dem mehrere hundert Seiten starken Abkommen enthalten sind. Ebenso beschäftigt sie sich mit möglichen Auswirkungen sollte das Abkommen in Kraft treten. Sie umfasst alle bisher veröffentlichten Kapitel, befasst sich mit Änderungen der Handelsströme im Bereich Waren und Dienstleistungen, Regelsetzung, Standards und nichttarifären Handelshemmnissen. Die Studie basiert auf einer Textanalyse des Abkommens sowie der Auswertung von Sekundärliteratur, Folgenabschätzungen und Analysen der Positionen verschiedener Interessenvertreter*innen zum Abkommen.

Klima, Umwelt, Wirtschaft

Das Abkommen würde die wirtschaftliche Ausrichtung der Mercosur-Länder auf die Produktion und Förderung von Primärrohstoffen und die Abhängigkeit ihrer Wirtschaften vom Export von Agrargütern noch weiter vertiefen. Doch in einer Region, in der für das Weltklima lebenswichtige, biologisch diverse Ökosysteme beheimatet sind, hat die Vertiefung eines solchen Produktionsmodells einen hohen Preis für Mensch und Umwelt.

Zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von Agrar- und Rohstoffexporten aus dem Mercosur

Die Wirtschafts- und Produktionsstrukturen der EU und der Mercosur-Länder unterscheiden sich erheblich, da sie in den globalen Wertschöpfungsketten unterschiedliche Aufgaben übernehmen. Das Abkommen wird die bestehenden wirtschaftlichen Asymmetrien aufrechterhalten und vertiefen. Die Sektoren, die in beiden Blöcken profitieren werden, sind diejenigen, die bereits global wettbewerbsfähig sind – in der EU der Industriesektor, im Mercosur die Agrarindustrie.

Mehr Agrarexporte aus dem Mercosur in die EU

Der Mercosur stimmte der Liberalisierung von 93% seiner Zolllinien für Agrar- und Lebensmittelimporte aus der EU zu. Im Gegenzug wird die EU 82% der Agrarimporte liberalisieren, während die übrigen Importe Teilliberalisierungsverpflichtungen unterliegen, einschließlich Zollkontingente für die heikelsten Produkte: Rindfleisch, Geflügel, Schweinefleisch, Zucker, Ethanol, Reis, Honig und Mais.

Brasilien, Argentinien und Uruguay sind bereits die drei führenden Länder, aus denen die EU Rindfleisch importiert. Wenn wir Paraguay (8. auf der Liste) hinzufügen, machen die Mercosur-Länder bereits heute fast 80% aller Rindfleischimporte der EU aus, mit einer Gesamtmenge von knapp 270.000 Tonnen Rindfleisch im Jahr 2018.² Für Geflügel hat die EU den Mercosur-Ländern, vor allem Brasilien, eine Quote von 180.000 Tonnen zusätzliches Geflügelfleisch gewährt. Diese Quote ist eine Verdoppelung des letzten Angebots Ende 2017 und entspricht der gesamten deutschen oder französischen Hühnerfleischproduktion.³ Die CO₂-Emissionen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Geflügelimporte in die EU würden dadurch voraussichtlich um 6% steigen.⁴

Im Schweinefleischsektor gewährte die EU 25.000 Tonnen zusätzlich zu einem niedrigen Zollsatz (83 Euro pro Tonne). Dies mag nicht viel erscheinen, wenn man bedenkt, dass die EU ein Nettoexporteur von Schweinefleisch ist (mehr als 3,3 Millionen Tonnen pro Jahr), aber es wird die bisherigen Importe von Schweinefleisch in die EU beinahe verdoppeln. Derzeit liegen diese bei 33.500 Tonnen pro Jahr.⁵ Diese Unlogik des Imports von Lebensmitteln, die bereits in der EU produziert und aufgrund von Überproduktion sogar von der EU exportiert werden, verstärkt den Klimawandel und übt zusätzlichen Druck auf die EU-Erzeuger*innen aus.

Die stärksten Auswirkungen der neuen Quoten und Zollsätze für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden im europäischen Ethanolsektor zu spüren sein. Das Abkommen sieht eine Quote von 650.000 Tonnen pro Jahr vor. Davon werden 450.000 Tonnen Ethanol – zollfrei – für chemische Zwecke gewährt. Die verbleibenden 200.000 Tonnen werden mit einem Zollsatz von einem Drittel des Meistbegünstigungssatzes belegt und stehen allen Verwendungszwecken offen, insbesondere der Kraftstoffnutzung. Diese Quoten sind im Vergleich zum derzeitigen Handel sehr hoch.⁶ Sie sind fast halb so groß wie die weltweiten Gesamtexporte des Mercosur an Ethylalkohol. In Brasilien ist daher ein weiterer Anstieg der Produktion von Zuckerrohr und Mais für die Ethanolproduktion zu erwarten.



Brasilien, Argentinien und Uruguay sind bereits die drei größten Versorger der EU mit Rindfleisch.
Foto: Beatrice Murch, Flickr, CC BY 2.0

Dies ist besonders beunruhigend, da die landwirtschaftliche Produktion in Brasilien, Paraguay und Argentinien auf Monokulturen mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) basiert, die von großen Mengen an Pestiziden und Düngemitteln abhängig sind. Dieses Landwirtschaftsmodell ist einer der Haupttreiber der Entwaldung in diesen Ländern – und damit des Klimawandels – und verantwortlich für schwere Gesundheitsprobleme in den Dörfern und Städten rund um die Plantagen. Die Gewinnerin des Abkommens ist die Agrarindustrie, die dieses landwirtschaftliche Produktionsmodell vorantreibt und von diesem profitiert.

Auf europäischer Seite haben die Vereinbarungen des Abkommens bei den Bäuer*innenverbänden Wut ausgelöst. COPA-COGECA, die Vereinigung der zwei großen bäuerlichen Dachorganisationen der EU, hat diese als „de facto Einführung von Doppelstandards und unfairer Wettbewerb für einige wichtige europäische Produktionssektoren, wodurch ihre Lebensfähigkeit gefährdet wird“, beschrieben.⁷

Pestizideinsatz – ein Menschenrechts- und Umweltproblem

Brasilien und die USA sind die Länder, die die größten Mengen an Pestiziden weltweit einsetzen. Brasilien verbraucht rund eine Million Tonnen pro Jahr und ist zu einem „Paradies für Pestizide“ geworden. Allein in Brasilien sind über 500 Pestizide erlaubt, von denen 150 in der EU verboten sind. Seit dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro im Januar 2019 wurden im Zeitraum von Januar bis Juli 2019 290 neue Agrochemikalien zugelassen. Mehr als 530 Pflanzenschutzmittel warten noch auf die Zulassung.⁸ 70% dieser Pestizide werden für gentechnisch veränderte Soja, Mais und Zuckerrohr verwendet – Produkte, die die EU bei einer Ratifizierung des Abkommens noch mehr bzw. billiger importieren würde. Die Dünge- und Pflanzenschutzmittel werden von europäischen Biotech-Unternehmen wie BASF und Bayer-Monsanto hergestellt.⁹ Nach der Übernahme von Monsanto durch Bayer stammen über 50% des gentechnisch veränderten Saatguts in Brasilien von diesem Unternehmen. Laut eines Berichts von Human Rights Watch aus dem Jahr 2019 sind viele Bewohner*innen ländlicher Regionen in Brasilien Pestiziden ausgesetzt, die in der Nähe ihrer Häuser, Schulen und Arbeitsplätze versprüht werden. Zudem fürchten sie zunehmend Repressalien von Großgrundbesitzer*innen, wenn sie Vergiftungen anprangern – insbesondere wegen der grassierenden Straffreiheit, die diese unter Jair Bolsonaro genießen.

Pestizide sind auch ein wichtiges soziales und ökologisches Thema in Argentinien: Ein Netzwerk von Städten und Dörfern, die vom starken Pestizideinsatz betroffen sind, sowie ein Netzwerk aus Ärzt*innen, die Patient*innen aus diesen Gebieten behandeln, sind seit mehr als einem Jahrzehnt aktiv, um die verheerenden gesundheitlichen Auswirkungen von Pestiziden in die Öffentlichkeit zu tragen. Im Jahr 2019 wurde Paraguay vom Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen gerügt, weil das Land den Einsatz von Pestiziden auf seinen Sojaplantagen nicht kontrolliert, was zu schweren Gesundheitsproblemen und Umweltschäden führt.¹⁰

Ein Produktionsmodell verbunden mit Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem auf Biotechnologie gründenden Modell der Landwirtschaft, Entwaldung und dem Klimawandel. Wälder und Böden fangen große Mengen an Kohlendioxid ein und speichern sie. Damit tragen sie wesentlich zur Minderung der globalen Erwärmung bei. Wenn Wälder zerstört werden, kehrt dieser Kohlenstoff in die Atmosphäre zurück, was doppelt negative Auswirkungen hat. 25 bis 30% der jährlich in die Atmosphäre freigesetzten Treibhausgase sind auf die weltweite Abholzung zurückzuführen.

Das Abkommen wird den Import von mit Entwaldung verbundenen Produkten erhöhen – wie etwa Fleisch oder Ethanol aus Zuckerrohr. Im brasilianischen Amazonasgebiet werden 63% der abgeholzten Flächen als Weideland für Rinder genutzt.¹¹ 55% der CO₂-Emissionen Brasiliens sind auf die veränderte Landnutzung zurückzuführen. In Paraguay sind es sogar 70%.¹²

Durch das Verbot von Ausfuhrzöllen wird das Abkommen auch den Export von Sojabohnen billiger und wettbewerbsfähiger machen. Der Import von Sojabohnen aus den Ländern des Mercosur spielt schon heute eine wichtige Rolle für die europäische Viehzucht. Dies zeigt einmal mehr die Widersprüchlichkeit des EU Diskurses hinsichtlich der Entwaldungsproblematik. Tatsächlich war Brasilien 2019 mit einem Marktanteil von 45% der Hauptversorger der EU mit Sojabohnen. Brasilien (46%), Argentinien (43%) und Paraguay (4%) zusammen waren 2019 für 93% der gesamten Sojaschrotimporte der EU verantwortlich.¹³



Wälder müssen Platz für Soja-, Zuckerrohr-, und Maismonokulturen machen. Foto: @markusspiske, Unsplash

Mit dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro als brasilianischer Präsident im Januar 2019 ist der Grad der Entwaldung in die Höhe geschossen. Kontrollen und Rechtsvorschriften zur Begrenzung der Entwaldung für landwirtschaftliche Produktion wurden abgebaut. Das Abkommen mit seinen Bestimmungen zu Agrarexporten verstärkt die Abhängigkeit der Mercosur-Staaten von entwaldungstreibenden Wirtschaftstätigkeiten.

Fischerei

Sowohl die EU als auch die Mercosur-Länder verfolgen eine problematische Fischereipolitik. Das Abkommen würde nichts zu dessen Verbesserung beitragen, und könnte das Problem sogar noch verschärfen.

Das Abkommen enthält keinen eindeutigen Hinweis auf Regelungen zu Hochseefischerei und Nationalität der Schiffe, was zu einem Dreieckshandel in der Fischerei führen könnte. Abweichend von den geltenden Rechtsvorschriften der Mercosur-Länder könnte die Flagge eines Schiffes dann den Ursprung des Fisches kennzeichnen, unabhängig davon, wo der Fisch tatsächlich gefangen wurde. Somit könnte ein Schiff mit europäischer Flagge in kanadischen Gewässern Seehecht fischen und diesen dann zollfrei in die Mercosur-Länder exportieren.

Tatsächlich hat der Dreieckshandel mit Hochseefischen direkte negative Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der Meere. Eine Studie des Science Journal warnt davor, dass alle Fischbestände in 40 Jahren kollabiert sein werden, sollte das derzeitige Fischereimodell bis dahin fortgesetzt werden.¹⁴

Ein schwaches Nachhaltigkeitskapitel, unfähig das Abkommen wieder ins Gleichgewicht zu bringen

Das Nachhaltigkeitskapitel (Trade and Sustainable Development Chapter, TSD) umfasst Themen wie den Klimawandel (so soll jede Vertragspartei das Pariser Klimaabkommen wirksam umsetzen), Bestimmungen zu nachhaltiger Forstwirtschaft und der Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags, zu Arbeitsstandards und einem verantwortungsvollen Management der Lieferketten.

Es ist das einzige Kapitel des Abkommens, das sich auf das Vorsorgeprinzip bezieht. Der Staat-Staat Streitbeilegungsmechanismus, der für die anderen Kapitel des Abkommens gilt und zu Handelssanktionen führen könnte, wenn Verstöße gegen das Abkommen festgestellt werden, kann dagegen nicht auf die Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels angewandt werden. Dessen Klauseln sind dialogorientiert und nicht einklagbar.¹⁵

Zunahme der CO₂-Emissionen durch Handel

Das Abkommen wird nicht nur zu höheren Treibhausgasemissionen aufgrund von Entwaldung beitragen. Die gestiegenen Handelsströme zwischen den beiden Blöcken – Resultat der Senkung der Zölle auf null für eine große Anzahl von Produkten – werden sich auch auf das Klima auswirken. Anstatt die lokalen und regionalen Lieferketten zu fördern, vertieft dieses Abkommen ein Handelssystem, bei dem Lebensmittel, die bereits lokal oder in der Region produziert werden, in andere Erdteile exportiert werden.

Bis 2050 könnten die CO₂-Emissionen des globalen Seetransports 17% der gesamten CO₂-Emissionen ausmachen.¹⁶ Diese werden aber in den nationalen Emissionsminderungszielen nicht berücksichtigt. Die nationalen und weltweiten Bemühungen zur Reduktion der Schiffsemissionen sind bei weitem nicht ausreichend, um die globalen Klimaziele zu erreichen.

Durch das Abkommen wird auch die sich entwickelnde Industrie in der Mercosur-Region negativ beeinflusst, die im Wettbewerb mit der hochentwickelten EU-Industrie nicht mithalten kann. Dadurch werden diese Länder noch abhängiger von einem Agrarmodell, das zu Umweltzerstörung, Entwaldung und Verlust der Ernährungssouveränität führt. Gleichzeitig erhöht es die Abhängigkeit von Industrieerzeugnissen, die aus der EU importiert werden.

Eine Bedrohung für die wirtschaftliche Diversifizierung

Die wirtschaftliche Diversifizierung ist wichtig für die Mercosur-Länder, um deren Ausrichtung auf die Ausbeutung von Primärrohstoffen und ihre Abhängigkeit vom Export von Agrargütern zu begrenzen. Das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur gefährdet aber die regionalen Wertschöpfungsketten, die in den vergangenen drei Jahrzehnten des Bestehens des Mercosur-Raumes entstanden sind. Heute gehen 20% aller argentinischen Exporte in andere Mercosur-Länder, wobei Brasilien mit 16% der Hauptabnehmer ist.¹⁷ Mit dem Abkommen würde voraussichtlich ein wichtiger Teil des brasilianischen Einkaufs argentinischer Industrie- und Konsumgüter, mit einem Volumen von mehr als 9 Milliarden US-Dollar, durch den Kauf europäischer Produkte ersetzt.

Die Abschaffung der Zölle für Schlüsselindustrien im Mercosur ist für europäische Unternehmen vorteilhaft. Denn diese waren bisher mit hohen Kosten für den Export von Autos (35% Zölle), Autoteilen (14–18%), Maschinen (14–20%), Chemikalien (bis zu 18%) und Medikamenten (bis zu 14%) konfrontiert.

Für den Mercosur allerdings, sind die erwarteten Folgen dieser Liberalisierung negativ, insbesondere im Bereich der Beschäftigung. Eine Studie des Observatoriums für Beschäftigung, Produktion und Außenhandel (ODEP) der Universidad Metropolitana in Argentinien vom Dezember 2017 schätzt, dass alleine in Argentinien 186.000 Arbeitsplätze im Industriesektor durch das EU-Mercosur-Abkommen gefährdet sind.¹⁸

Insgesamt wird das Abkommen tiefgreifende ökonomische Auswirkungen auf die Mercosur-Länder haben, da es eine Umstrukturierung des dortigen Produktionsmodells vorantreiben wird. Besondere Auswirkungen sind auf die verarbeitende Industrie in wichtigen Sektoren wie Autos, Autoteile, Textilien und Schuhe zu erwarten.



Das Abkommen wird Autoexporte aus der EU in den Mercosur erhöhen. Foto: Surapol Usanakul, shutterstock.com

Autos und Autoteile

Während sich der Mercosur auf den weltweiten Export landwirtschaftlicher Produkte spezialisiert hat, fokussiert sich der Handel zwischen Brasilien und Argentinien vor allem auf Industrieerzeugnisse, zum Beispiel Autoteile. Innerhalb des Mercosur gelten für die Automobilindustrie besondere Handelsbedingungen. Sie wurde vom freien Handel innerhalb des Wirtschaftsblocks ausgeschlossen. Der Austausch von Fahrzeugen und Autoteilen wird jeweils durch bilaterale Abkommen geregelt, die einen zollfreien Import ermöglichen, sofern ein spezifisches proportionales Verhältnis zwischen den Handelspartnern aufrechterhalten wird. Es wurde ein hoher Standard-Außenzoll von 35% vereinbart, um den Aufbau von Kfz-Fabriken im Mercosur zu fördern.

Hersteller von Autos und Autoteilen, die derzeit von der lokalen Industrie beliefert werden, könnten mit Inkrafttreten des EU-Mercosur-Abkommens damit beginnen, dieselben Produkte aus der EU zu importieren, womit ihre Produktion in der Region überflüssig wird. Das würde zu Verwerfungen in diesem Wirtschaftsbereich führen und sich negativ auf die Beschäftigungszahlen auswirken.

Die bereits erwähnte Folgenabschätzung des argentinischen Observatoriums für Beschäftigung, Produktion und Außenhandel schätzt, dass mit dem Abkommen 28% der Arbeitsplätze des Sektors in Argentinien gefährdet sind.

Ursprungsregeln und Gefahren für den Textilsektor

In dem im Juli 2019 veröffentlichten Protokoll über Ursprungsregeln hat sich die europäische Forderung zur Bestimmung der Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft durchgesetzt. Für die Mercosur-Länder gibt es eine beträchtliche Anzahl von Sektoren, die empfindlich auf den Dreieckshandel durch europäische Unternehmen reagieren. Arbeitsintensive Produkte wie Schuhe, Lederwaren, Möbel, Textilien und Bekleidung wären ebenso betroffen wie der Chemiesektor und der Handel mit Maschinen.

Betrachtet man das Beispiel des Textilsektors, so könnte das mit dem Abkommen eingeführte Protokoll über Ursprungsregeln (Protocol on Rules of Origins, RO) zu einem erheblichen Verlust von Arbeitsplätzen führen. In Brasilien ist der Textilsektor die zweitwichtigste Branche in Bezug auf Beschäftigung: 33.000 Unternehmen im Land beschäftigen rund 1,5 Millionen Menschen.¹⁹ In Argentinien beschäftigte die Textilindustrie im Jahr 2018 98.000 Arbeitnehmer*innen und macht etwa 10% der gesamten argentinischen Industrie aus.²⁰

Das Abkommen sieht keine Vermittlung durch eine Zertifizierungsstelle auf Regierungsebene zur Bestimmung von Ursprungsregeln vor. Die Selbstzertifizierung der Exporteure soll sicherstellen, dass ihr Produkt die RO des Abkommens zur Erlangung von Zollpräferenzen erfüllt. Diese Position wird von der EU seit 2016 vertreten. Der Mercosur stimmte zu, sein eigenes Zertifizierungssystem, das eine Regierungsbehörde und öffentliche Zertifizierungsstellen umfasste, zu ändern, um nun eine Zertifizierung durch private Akteure zu ermöglichen.

Verbot von Exportabgaben

Eine weitere Folge des Abkommens wird die Abschaffung der Exportabgaben auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Mercosur sein. Dies wird insbesondere Argentinien treffen, das Exportzölle zur Verbesserung seiner Haushaltslage einsetzt. Argentinien hat 2019 Exportzölle in Höhe von 6,8 Mrd. US-Dollar erhoben, von denen allein die Zölle auf Soja 3,2 Mrd. US-Dollar einbrachten. Dies entspricht 2,4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Landes.²¹ Durch die Abschaffung der Exportabgaben und unter Berücksichtigung der zu erwartenden negativen Auswirkungen des Abkommens auf den Industriesektor in Argentinien könnte das Land gezwungen sein, die landwirtschaftliche Produktion noch weiter auszuweiten, um die durch diese Maßnahmen verursachten Verluste auszugleichen. Paraguay, das erst 2017 ein Gesetz zur Einführung eines Ausfuhrzolls von 10% für Sojaexporte verabschiedet hat, wird ebenfalls empfindlich betroffen sein. 42% seiner gesamten Sojaschrotexporte gingen 2018 in die EU.²²

Geistiges Eigentum

Das Kapitel über die Rechte an geistigem Eigentum (Chapter on Intellectual Property Rights, IPR) enthält Regelungen zu Patenten auf Arzneimittel, Urheber*innenrechte, Markenrechte, industrielle Designs und Pflanzensorten. Von diesem Kapitel wurden in den letzten Monaten zwei Versionen veröffentlicht. Mit der Veröffentlichung der Kapitel des Handelsabkommens am 12. Juli wurde eine erste Version des Kapitels über geistige Eigentumsrechte veröffentlicht. Diese Version war sehr kurz und viele kritische Themen wurden ausgeklammert. Im September 2019 wurde eine weitere Version veröffentlicht, die vollständiger ist, auch wenn nicht klar ist, ob es sich hierbei um den endgültigen Text handelt.

Die aktuellste Version des Kapitels über die Rechte an geistigem Eigentum enthält weder die Verlängerung der Patentbedingungen noch verpflichtet sie die Parteien, den Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) zu unterzeichnen. Dies ist wichtig, da Kritiker*innen befürchteten, dass die mögliche Unterzeichnung des PCT zu einer Explosion ausländischer Patente im Mercosur führen würde.²³ Dennoch haben die Pharmaunternehmen des Mercosur sich kritisch positioniert, da lokale Arzneimittel in der Regel Konzessionen über öffentliche Auftragsvergabe benötigen. Daher betrachten sie die Öffnung für EU-Unternehmen als Bedrohung, sowohl im Bereich der geistigen Eigentumsrechte als auch dem öffentlichen Auftragswesen.²⁴

Im Bereich der geografischen Herkunftsangaben (Geographical Indicators, GI) – ein geschützter Begriff, der für Produkte verwendet wird, die eine bestimmte geografische Herkunft haben und deren Qualität, Reputation und Merkmale im Wesentlichen auf ihren Herkunftsort zurückzuführen sind – ließen die EU 355 geografische Herkunftsangaben durch das Abkommen schützen, der Mercosur 220.

Innerhalb des Mercosur ist Argentinien das Land, das durch die umfangreiche Liste der durch die EU geschützten geografischen Herkunftsangaben am meisten geschädigt werden könnte, da es eine lange Tradition in der Herstellung von Käse und Wein hat. Argentinien hat mehr als 700 Produktionsstätten, in denen ein Teil des in der GI-Liste aufgeführten Käses hergestellt wird. Sie beschäftigen 60.000 Menschen direkt und indirekt. Die Einbeziehung der GIs hätte voraussichtlich negative Auswirkungen auf die gesamte Milchkette in Argentinien, würde die Umbenennung bestehender Marken forcieren und deren kommerzielle Entwicklung behindern.



Viele europäische Käsenamen werden durch geografische Herkunftsangaben im EU-Mercosurabkommen geschützt werden. Foto: @k_fi, Unsplash

Öffentliches Auftragswesen

Das EU-Mercosur Abkommen wird den öffentlichen Beschaffungsmarkt für Waren, Bauleistungen und Infrastruktur auf Bundes- und subföderaler Ebene für die Unternehmen des jeweils anderen Wirtschaftsblocks öffnen.²⁵

Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen für den Mercosur sind besorgniserregend, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Langfristig könnte diese Öffnung zu fortschreitender Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und geringerem Wohlstand in den Mercosur-Ländern führen.²⁶ Das Kapitel enthält keine Bestimmungen zur Bevorzugung von Angeboten mit hohen sozialen und ökologischen Standards.

Dienstleistungen

Wie andere zuletzt von der EU unterzeichnete Handelsabkommen geht das Abkommen mit dem Mercosur über die in der WTO geltenden Bestimmungen für Dienstleistungen hinaus. Das Kapitel behandelt Bestimmungen über die Mobilität von Geschäftsvertreter*innen, Lizenzen und regulatorische Rechtsrahmen, Finanzdienstleistungen und Kapitalverkehr. Die Basis für die Verhandlungen des Dienstleistungskapitels ist der Positivlisten-Ansatz, das bedeutet, die in die Listen des Abkommens aufgenommenen Sektoren dürfen liberalisiert werden.

Das Unterkapitel über den Kapitalverkehr sieht einen befristeten Schutzmechanismus nur für die EU in ihrer Eigenschaft als Währungsunion vor: die Möglichkeit, für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten eine monetäre Schutzmaßnahme gegen Szenarien anzuwenden, in denen Kapitaltransfer eine Bedrohung für die wirtschaftliche Stabilität darstellen kann. Allerdings kann Kapitalflucht jede Volkswirtschaft gefährden, nicht nur eine Währungsunion.

Die Bestimmungen über E-commerce (digitaler Handel) schränken die Möglichkeit von Steuern auf internationale elektronische Übertragungen ein. Andererseits erlaubt das Abkommen die Erhebung nationaler Steuern. Das bedeutet, dass die Verbraucher*innen, die online kaufen oder andere digitale Dienstleistungen in Anspruch nehmen vom Staat besteuert werden können, die international agierenden Unternehmen aber nicht. In Bezug auf den Mercosur schätzen die Wissenschaftler Vila Seoane und Saguier, dass Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay bereits jetzt aufgrund fehlender Steuereinnahmen auf elektronische Übertragungen jährlich jeweils 186, 109, 260 und 6 Millionen US-Dollar verlieren.²⁷

Mit diesem Abkommen würden sowohl die EU als auch die Mercosur Mitgliedsstaaten ihre Verhandlungsmacht in multilateralen Foren einschränken, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem viele Staaten fordern, das WTO-Moratorium für elektronische Übertragungen zu überdenken. Das Abkommen würde es Staaten, die im Bereich der digitalen Wirtschaft und des Datenhandels benachteiligt sind, erschweren, sich für eine souveräne digitale Staatspolitik einzusetzen.

Standards und Regulierungen

Die Angleichung von Standards und Regulierungen ist eines der Hauptziele moderner Freihandelsabkommen, da sie die Senkung der mit dem Handel verbundenen Kosten für Unternehmen und damit den Handel allgemein erleichtert. Das EU-Mercosur-Abkommen enthält mehrere Kapitel, die sich mit diesen Themen befassen.

Lebensmittelsicherheit: das Kapitel zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen

Sanitäre und phytosanitäre (SPS) Maßnahmen beziehen sich auf Maßnahmen zum (1) Schutz von Mensch und Tier vor Risiken durch Zusatzstoffe, Verunreinigungen, Toxine oder Erreger von Lebensmittelkrankheiten; (2) Schutz des menschlichen Lebens vor Krankheiten, die durch Tiere und/oder Pflanzen übertragen werden; (3) Schutz des Lebens von Tieren und Pflanzen in Bezug auf Schädlinge oder Krankheiten, die durch Mikroorganismen verursacht werden; (4) Verhinderung oder Begrenzung von Schäden in Ländern durch die Einschleppung, Ansiedlung und Verbreitung von Schädlingen.²⁸

Gemäß dem Abkommen liegt die Kontrolle über die Einhaltung der Standards der anderen Vertragspartei in Bezug auf die oben aufgezählten Punkte bei der exportierenden Vertragspartei. Diese erstellt eine Liste der Betriebe, die zur Kontrolle der auszuführenden tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse zugelassen sind. Die Behörden der Ausfuhrpartei bescheinigen dann, dass die zugelassenen Betriebe nicht gegen die gesundheitlichen Anforderungen der einführenden Vertragspartei verstoßen. Die einführende Vertragspartei hat das Recht, Überprüfungen und Audits des amtlichen Kontrollsystems der ausführenden Vertragspartei durchzuführen, muss diese jedoch 60 Tage im Voraus ankündigen.



Das Agrar-Exportmodell des Mercosur beruht auf gentechnisch veränderten Organismen und Pestiziden.
Foto: UNIDO, Flickr, [CC BY 2.0](#)

Gleichzeitig kommen die Vertragsparteien überein, die Kontrollen und Überprüfungen zu vereinfachen und die Häufigkeit der von der importierenden Vertragspartei durchgeführten Kontrollen zu verringern. Angesichts der Tatsache, dass die Menge der in die EU importierten Fleischerzeugnisse zunehmen wird, ist dies eine besorgniserregende Tendenz, insbesondere aufgrund der jüngsten Korruptionsskandale in Brasilien in Bezug auf Gammel-Rindfleisch und den Einsatz von in der EU verbotenen Wachstumshormonen.²⁹

Die Kontrollen an den EU-Grenzen sind bereits jetzt völlig unzureichend. In ihrem letzten Bericht erklärte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), dass sie 2017 nur 582 brasilianische Proben auf ihren Gehalt an Pestizidrückständen kontrolliert hat. 7,6% lagen über der europäischen Zulassungsebene.³⁰ Doch nicht nur Pestizide, sondern auch andere Schadstoffe wie Salmonellen könnten in die EU gelangen. Im Juli 2019 musste das Vereinigte Königreich bereits 16 Container Geflügelfleisch wegen Salmonellenbefalls nach Brasilien zurückschicken.³¹

Dazu kommt, dass auf Grund der Nicht-Verankerung des Vorsorgeprinzips in dem SPS-Kapitel implizit dem in der Welthandelsorganisation (WTO) festgelegten Prinzip der Risikobewertung Vorrang gegeben wird.³² Das Vorsorgeprinzip ermöglicht es den Entscheidungsträger*innen, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse über eine Gefährdung der Umwelt oder der menschlichen Gesundheit ungewiss und die Risiken hoch sind.³³

Während der gesamten Verhandlungen lehnten die Mercosur-Länder die Einbeziehung des Vorsorgeprinzips ab, da ihr Agrar-Exportmodell auf dem massiven Einsatz von GVO und Pestiziden basiert. Die vier Mercosur-Länder waren sogar an der Klage gegen die EU in der WTO über das Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen beteiligt, bei der die EU sich auf das Vorsorgeprinzip bezog.

Das Abkommen sieht zwar Mechanismen zur Aussetzung der Einfuhren aus bestimmten Regionen oder Betrieben vor, die nachweislich gegen die SPS-Normen verstoßen, gleichzeitig werden aber Grenzkontrollen geschwächt.

Technische Handelshemmnisse: Regulierungsbehörden handeln nicht allein

Das zentrale Ziel der Harmonisierung von Regulierungen ist die Senkung der Betriebskosten für den Privatsektor. Die meisten Vereinbarungen sind im Abkommen der WTO über technische Handelshemmnisse enthalten, aber das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur enthält einige strengere Vereinbarungen, insbesondere in Bezug auf Transparenz und Dialog mit Interessensgruppen sowie die Einbeziehung von sogenannten „guten Regulierungspraktiken“.

Das Konzept der Transparenz zielt darauf ab, sicherzustellen, dass Interessengruppen der anderen Vertragspartei, ob privat oder öffentlich, an Regulierungsprozessen teilnehmen können. Die „guten Regulierungspraktiken“ beeinflussen den gesamten Entscheidungsprozess bei der Einführung neuer Verordnungen: Vorbereitung, Annahme und Anwendung. In ihrer „politischen Einigung“ vom 1. Juli betont die Kommission nachdrücklich: „Unternehmen werden vor der Einführung neuer Standards ordnungsgemäß konsultiert. Die geltenden Vorschriften werden regelmäßig überprüft, um den Bedürfnissen der Unternehmen gerecht zu werden und den bürokratischen Aufwand zu verringern“.³⁴

Der Begriff „Interessenvertreter*in“ umfasst den Privatsektor und die anderen Vertragsparteien, d.h. die Europäische Kommission oder die Regierungen des Mercosur könnten in den Entscheidungsprozess des anderen Blocks in Bezug auf technische Normen und Handelserleichterungen eingreifen.

Das EU-Mercosur-Abkommen legt fest, dass die Vertragspartner Konsultationen mit Vertreter*innen verschiedener Interessengruppen im Hinblick auf neue Gesetzesvorschläge oder Änderungen der geltenden Vorschriften, die den Handel betreffen, durchführen sollen. Sie sollen „gute Praktiken“ entsprechend den Bedürfnissen der Interessengruppen, d.h. vor allem der Unternehmen, gewährleisten.

Dialoge

Das Abkommen legt vier Dialogbereiche fest, in denen die Regierungen weiterhin an langfristig angelegten Standardisierungsprozessen arbeiten werden. Von besonderer Bedeutung ist der Dialog über die landwirtschaftliche Biotechnologie, der in dem durch dieses Kapitel eingesetzten Unterausschuss entwickelt wird. Im Mittelpunkt stehen „spezifische Themen der Biotechnologie, die sich auf den gegenseitigen Handel auswirken können, einschließlich der „Zusammenarbeit bei GVO-Tests“ und dem „Informationsaustausch über Themen im Zusammenhang mit der asynchronen Zulassung von genetisch veränderten Organismen, um mögliche Auswirkungen auf den Handel zu minimieren“. Die demokratische Kontrolle dieser Dialoge und ihr Schutz vor unternehmerischen Einflüssen sind nicht gewährleistet. Vor dem Hintergrund, dass die EU-Normen für GVO-Rückstände in importierten Produkten zuvor schon einmal gesenkt wurden, ist dies beunruhigend. Im Jahr 2011 änderte die Europäische Kommission die Richtlinie 2001/110/EG, indem sie „eine besondere Erwähnung einführte, die klarstellt, dass Pollen ein natürlicher Bestandteil des Honigs ist“ und somit keine „Zutat“, die GVO enthalten könnte.³⁵ Ohne diese Änderung hätte der argentinische Honig nicht der europäischen Verordnung entsprochen. Diese sieht vor, dass Lebensmittel, in deren Inhaltsstoffen mehr als 0,9% Rückstände von zugelassenen GVO enthalten sind, einen entsprechenden Vermerk auf der Verpackung ausweisen müssen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass das Vorsorgeprinzip auch nicht Teil des Dialog-Kapitels ist.

Der zunehmende Einfluss von GVO-freundlichen Interessen bei der Festlegung von Normen stellt nicht nur ein Risiko für die EU-Verbraucher*innen, sondern auch für die Bevölkerung der Mercosur-Länder dar. Es ist ein weiterer Schritt zur Konsolidierung des „auf Biotechnologie beruhenden Agrarmodells“.³⁶ Dieses beruht auf der landwirtschaftlichen Produktion mit genetisch verändertem Saatgut und dem Einsatz großer Mengen von Agrochemikalien, der sich nachteilig auf die Gesundheit der lokalen Bevölkerung und die Umwelt auswirkt.

Andere Elemente

Andere Teile des verfügbaren Textes sind erwähnenswert. Sie zeigen, dass Nachhaltigkeit kein vorrangiges Ziel des EU-Mercosur-Abkommens ist und durch dieses sogar noch gefährdet wird.

Arbeitsstandards

Paragraph 3 und 4 des Artikels über Arbeitsstandards- und -normen, der Teil des nicht-sanktionierbaren Nachhaltigkeitskapitels ist, erklärt, dass die Parteien: „die wichtigsten Arbeitsnormen, die in den „Grundlegenden Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation“ (ILO) anerkannt sind, respektieren, fördern und wirksam umsetzen müssen, und „kontinuierliche und nachhaltige Anstrengungen unternehmen werden, um die grundlegenden ILO-Konventionen zu ratifizieren, denen sie nicht angehören“. Gegenwärtig hat Brasilien die Konvention 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts nicht ratifiziert. Zudem hat die ILO eine mangelnde Einhaltung der Konvention 98 über das Recht auf Kollektivverhandlungen festgestellt. Das Abkommen stützt sich auf Konsultations- und dialogorientierte Mechanismen für die Durchsetzbarkeit dieser Bestimmungen.

Nach Angaben der ILO gehört Brasilien zu den Ländern, die gegen internationale Arbeitsnormen verstoßen, Tarifverhandlungen untergraben und die Arbeit der Gewerkschaften behindern. Tatsächlich hat die Internationale Gewerkschaftsunion Brasilien aufgrund gewaltsamer Repressionen gegen Streiks und Drohungen, die Mitglieder von Gewerkschaften erhalten haben, in ihre Liste der zehn schlimmsten Länder für Arbeitnehmer*innen aufgenommen.³⁷



Brasilien wurde heftig kritisiert, weil es internationale Arbeitsstandards nicht respektiert. Foto: @jramos10, Unsplash

Streitbeilegung

Streitigkeiten, die sich aus dem Abkommen ergeben, werden mit dem Staat-zu-Staat-Streitbeilegungsmechanismus beigelegt. Urteile führen zu verbindlichen Entscheidungen, und werden durch Handelssanktionen durchsetzbar sein. Das Kapitel, das von diesem Mechanismus ausgenommen ist, ist ausgerechnet das Nachhaltigkeitskapitel.

Konzernklagerechte (Investor-State Dispute Settlement – ISDS) sind nicht in dem Abkommen enthalten. Die Regulierung und der Schutz von Investitionen werden jedoch weiterhin durch bilaterale Investitionsabkommen (BITs) abgedeckt, die von den EU-Mitgliedstaaten bilateral mit den Mercosur-Mitgliedstaaten unterzeichnet wurden. 49 BITs zwischen den Ländern der beiden Blöcke sind derzeit in Kraft. Tatsächlich wurden bereits 38 ISDS-Klagen von EU-Mitgliedstaaten gegen Mercosur-Länder eingeleitet, die diese BITs nutzten, während es umgekehrt nur eine einzige bekannte Forderung gibt.³⁸

Prozess: Transparenz, Veröffentlichungen, Folgenabschätzungen

Derzeit (Dezember 2019) befindet sich das Abkommen im Prozess der technischen und rechtlichen Überprüfung, die als formaljuristische Prüfung (legal scrubbing) bezeichnet wird. Obwohl Ende Juni 2019, vor den argentinischen Wahlen im Oktober, eine politische Einigung verkündet wurde, scheinen noch einige Punkte zur Diskussion zu stehen. Wichtige Kapitel wurden noch nicht veröffentlicht, wie z.B. das Kapitel über die allgemeinen Bestimmungen des Abkommens, das bedeutende Informationen über das Funktionieren des Vertrags liefert. Auch bleiben Kernpunkte in einigen Kapiteln in eckigen Klammern, mit dem Hinweis „Notes to Negotiators“, was darauf hindeutet, dass die Verhandlungen in diesen Fragen noch nicht abgeschlossen sind. Der gesamte Teil über Dialog und Zusammenarbeit des Assoziierungsabkommens ist noch nicht veröffentlicht, und es ist unklar, ob die Verhandlungen über diesen Teil bereits abgeschlossen sind.

Abgesehen von diesen unvollständig veröffentlichten Texten des Abkommens sollte beachtet werden, dass die Verhandlungen nicht von Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen (Sustainable Impact Assessment, SIA) begleitet wurden. Tatsächlich wurde die von der London School of Economics (LSE) für die Europäische Kommission durchgeführte SIA drei Monate nach Abschluss der Verhandlungen im Oktober 2019 veröffentlicht. Es handelt sich nach wie vor um eine vorläufige Analyse, die nicht einmal die Bestimmungen der im Juli 2019 veröffentlichten Kapitel berücksichtigt, sondern nur auf bis September 2017 gesammelten Informationen beruht.³⁹ Sie berücksichtigt auch nicht den Deregulierungsschub in Brasilien nach der Wahl von Jair Bolsonaro. Stattdessen geht sie davon aus, dass in Brasilien wirksame politische Maßnahmen getroffen wurden, um die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Expansion auf die Entwaldung abzumildern.

Die Regierungen des Mercosur haben in den letzten 15 Jahren keine öffentlich zugängliche SIA durchgeführt.

Fazit

Das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur weicht nicht von dem vorherrschenden handelspolitischen Paradigma ab, das die Europäische Union seit 2009 vertritt. In der Zwischenzeit haben sich die Ziele der Union weiterentwickelt. Die Erwähnungen des Pariser Klimaabkommens und der Nachhaltigkeitsziele im Abkommen sind positiv anzumerken. Das ändert jedoch nichts daran, dass der Handel und damit die Produktionsmodelle, die durch das EU-Mercosur Abkommen befördert und für die Zukunft festgeschrieben werden, nicht mit dem EU-Ziel der Klimaneutralität vereinbar sind. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. In seiner aktuellen Form würde das EU-Mercosur Abkommen die Bemühungen um eine Eindämmung des Klimawandels untergraben.



Das EU-Mercosur Abkommen würde die Bemühungen um eine Eindämmung des Klimawandels untergraben.
Foto: Pedarilhosbr, shutterstock.com

Quellenangaben

- 1 Die Studie kann unter <https://power-shift.de/analysis-of-the-agreement-between-the-european-union-and-the-mercosur> heruntergeladen werden.
- 2 Europäische Kommission (2019), "Beef and Veal market situation". CMO Committee, 21. November 2019.
In: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/beef-veal-market-situation_en.pdf
- 3 AVEC (2019), "European Commission sacrifices EU poultry meat sector in Mercosur deal".
In: <https://www.avec-poultry.eu/news/european-commission-sacrifices-eu-poultry-meat-sector-in-mercosur-deal>
- 4 GRAIN (2019), "EU-Mercosur Trade Deal Will Intensify the Climate Crisis from Agriculture", November 2019.
In: <https://grain.org/en/article/6355-eu-mercosur-trade-deal-will-intensify-the-climate-crisis-from-agriculture>
- 5 Europäische Kommission (2019), "Livestock EU Evolution Total Pig". CMO Committee, 12 December 2019.
In: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/pig-market-situation_en.pdf
- 6 Baltensperger, M. & Dadush, U. (2019), "The European Union-Mercosur Free Trade Agreement: Prospects and risks. Policy Contribution". Issue n°11, September 2019, In: https://bruegel.org/wp-content/uploads/2019/09/PC-11_2019.pdf
- 7 COPA-COGECA (2019), "Press Release: EU-Mercosur – Exiting Commission opens Pandora’s box of double standards in agriculture". 28. Juni 2019, In: <https://www.copa-cogeca.eu/Download.ashx?ID=3667036&fmt=pdf>
- 8 Viana, Natalia (2019), New York Times, 28. August 2019, "El gobierno de Bolsonaro ha convertido a Brasil en un paraíso para los pesticidas". In: <https://www.nytimes.com/es/2019/08/28/espanol/america-latina/bolsonaro-pesticidas-brasil.html>
- 9 Deutsche Welle (2019), "Mercosur-EU: Los europeos consumirán ahora el veneno que exportan". 1. Juli 2019,
In: <https://www.dw.com/es/mercosur-eu-los-europeos-consumiran-ahora-el-veneno-que-exportan/a-49433361>
- 10 Deutsche Welle (2019): "ONU: "Paraguay viola derechos humanos al no controlar fumigaciones en cultivos de soja". 14. August 2019,
In: <https://www.dw.com/es/onu-paraguay-viola-derechos-humanos-al-no-controlar-fumigaciones-en-cultivos-de-soja/a-50025655>
- 11 Abdenur, A.E. (2019), "A double-edged sword: The climate politics of the Mercosur-EU Agreement. Climate Diplomacy".
In: <https://www.climate-diplomacy.org/news/double-edged-sword-climate-politics-mercosur-eu-agreement>
- 12 London School of Economics (LSE) (2018), "Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur. Final Inception Report". 24. Januar 2018, In: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/march/tradoc_156631.pdf
- 13 Committee for the Common Organisation of Agricultural Markets (2019), "EU Oilseed Complex Trade 2019/20 Marketing Year July – September". 28. November 2019, In: <https://circabc.europa.eu/sd/a/ecca07a5-5d56-47b1-a678-e24cceb450c/oilseeds-trade-2017-18-marketing-year-july-december.pdf>
- 14 Stokstad, Erik (2019), "Fishing fleets have doubled since 1950—but they’re having a harder time catching fish". 27. Mai 2019,
In: <https://www.sciencemag.org/news/2019/05/fishing-fleets-have-doubled-1950-theyre-having-harder-time-catching-fish>
- 15 Deutsche Bundesregierung (2019), „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katharina Dröge, Omid Nouripour, Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen". 11. November 2019, In: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/147/1914797.pdf>
- 16 Keller, Sean (2019), "Connecting trade and climate chaos". Bilaterals, 25. Oktober 2019,
In: <https://www.bilaterals.org/?connecting-trade-and-climate-chaos&lang=en>
- 17 Observatory of Economic Complexity (2019), "Argentina". In: <https://oec.world/es/profile/country/arg/>
- 18 Español, P. (2018), "Impacto sobre el sector industrial de la negociación Mercosur-Unión Europea". In: Análisis N°28, Fundación Friedrich Ebert, Buenos Aires.
- 19 London School of Economics (LSE) (2018), "Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur. Final Inception Report". 24. Januar 2018, In: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/march/tradoc_156631.pdf
- 20 INFOCIELO (2019), "Penden de un hilo: Otra fábrica textil reduce su producción, suspende empleados y recorta salarios". 27. März 2019, In: <https://infocielo.com/nota/103045/penden-de-un-hilo-otra-fabrica-textil-reduce-su-produccion-suspende-empleados-y-recorta-salarios/>
- 21 Pereyra, Guillermo (2019), "Retenciones, el único impuesto que creció en términos reales en lo que va del año". El Cronista, 6. Juni 2019, In: <https://www.cronista.com/economiapolitica/Retenciones-el-unico-impuesto-que-crecio-en-terminos-reales-en-lo-que-va-del-ano-20190606-0014.html>
- 22 COPECO, Exportaciones por destino final, In: <https://capeco.org.py/exportaciones-por-destino-final-es/> (Konsultiert am 18. Dezember 2019)
- 23 GEP - Grupo Efecto Positivo (2019), "Conversatorio en Diputados: el debate por los TLC y el PCT llegó al Congreso". 12. Oktober 2019, In: <http://fgep.org/es/conversatorio-en-diputados-que-sucedera-con-el-tlc-ue-mercosur-y-el-pct/>
- 24 Trade News (2019), "La industria farmacéutica advierte sobre los riesgos del acuerdo UE-Mercosur".
In: <https://tradenews.com.ar/industria-farmaceutica-advierte-sobre-riesgos-del-acuerdo-ue-mercosur/>

- 25 European Commission (2019), "New EU-Mercosur trade agreement - The agreement in principle". 1. Juli 2019, In: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc_157964.pdf
- 26 Martín Carrillo, Sergio (2018), "Quién gana y quién pierde en el Acuerdo Mercosur-Unión Europea". 13. Februar 2018, In: <https://www.celag.org/fortalecimiento-las-relaciones-centro-periferia-traves-del-acuerdo-mercursosur-union-europea/>
- 27 Vila Seoane, M. (2019), "El caballo de Troya del "comercio electrónico". In: Acuerdo de Asociación Mercosur-Unión Europea, ALAI, In: <https://www.alainet.org/en/node/200984>
- 28 WTO, "Sanitary and phytosanitary measures". In: https://www.wto.org/english/tratop_e/sps_e/sps_e.htm (Konsultiert am 15. November 2019)
- 29 BBC News (2017), "Lo que se sabe del escándalo en Brasil con la carne podrida que era "maquillada" para ser exportada". 21. März 2017, In: <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-39327633>
- 30 European Safety Authority (2017), "The 2015 European Union Report on Pesticide Residues in food". 7. April 2017. In: <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.2903/j.efsa.2017.4791>
- 31 The Guardian (2019), "Brazil sent one million salmonella-infected chickens to UK in two years". In: <https://www.theguardian.com/environment/2019/jul/03/brazil-one-million-salmonella-infected-chickens-uk>
- 32 Fritz, T. (2018), "EU-Mercosur Association Agreement: The SPS and sustainability chapters in the Uruguay leaks." Report. In: <https://www.bilaterals.org/?eu-mercursosur-association-agreement&lang=en>
- 33 European Parliament Think Tank (2015), "The precautionary principle: Definitions, applications and governance". 9. Dezember 2019, In: [http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_IDA\(2015\)573876](http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_IDA(2015)573876)
- 34 European Commission (2019), "New Mercosur - EU agreement. The Agreement in Principle." Brussels. 1. Juli 2019, In: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc_157964.pdf
- 35 SUPERCAMPO (2014), "La UE reabre puertas a la miel argentina". 15. Oktober 2014, In: <http://supercampo.perfil.com/2014/10/confirman-reapertura-del-mercado-europeo-a-la-miel-argentina/>
- 36 Poth, Carla (2019), "Biotecnología, ciencia y poder. Un análisis crítico sobre la regulación en torno a las semillas genéticamente modificadas". Revista Administración Pública y Sociedad, N°7, Januar-Juli 2019.
- 37 ITUC (2019), "ITUC Global Rights Index – The World's Worst Countries for Workers". In: <https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/2019-06-ituc-global-rights-index-2019-report-en-2.pdf>
- 38 UNCTAD, "Investment Dispute Settlement Navigator". In: <https://investmentpolicy.unctad.org/investment-dispute-settlement/advanced-search> (Konsultiert am 15. November 2019)
- 39 London School of Economics (LSE) (2019), "Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur. Draft Interim Report". 3. Oktober 2019, In: http://www.eumercosursia.com/uploads/4/0/7/2/40728425/final_interim_report_publication_03oct2019.pdf